

## Newsletter – 3.-4. April 2019 – Plenartagung – Brüssel

### **Brexit: Parlament debattiert jüngste Entwicklungen im Vereinigten Königreich**

Diskussion über die Lage in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU mit Kommissionspräsident Juncker und dem rumänischen Ratsvorsitz am Mittwoch ab 14.00 Uhr.

4

### **Plenardebatte mit schwedischem Premierminister Stefan Löfven über die Zukunft Europas**

Der schwedische Premierminister Stefan Löfven wird am Mittwoch ab 15:15 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

5

### **Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben: Endgültige Abstimmung**

Mit den neuen Vorschriften werden Mindestanforderungen für Vaterschaftsurlaub und nicht übertragbaren Elternurlaub eingeführt.

6

### **Erdgas: Ausweitung der EU-Regeln auf Pipelines mit Ursprung in Drittländern**

Neue Gasmarktregeln sollen gewährleisten, dass Gaspipelines aus Drittländern unter die EU-Vorschriften fallen, und Rechtssicherheit für die Betreiber schaffen.

7

### **Parlament legt Standpunkt zur Reform des Straßenverkehrssektors fest**

Neue Vorschriften zur Bekämpfung illegaler Praktiken im Güterkraftverkehr und zur Flexibilisierung der Ruhezeiten der Fahrer: Abstimmung zum Mobilitätspaket am Donnerstag.

9

### **Debatte über die Beziehungen zwischen EU und China vor jährlichem Gipfeltreffen**

Weniger als eine Woche vor dem jährlichen EU-China-Gipfel wird das Plenum am Mittwoch die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China mit dem Rat und der Kommission erörtern.

10

## **Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit: Mitgliedstaaten droht Verlust von EU-Geldern**

EU-Regierungen, die die Justiz behindern oder Betrug und Korruption nicht bekämpfen, laufen Gefahr, EU-Gelder zu verlieren, laut neuer Vorschriften, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen.

11

## **Schengen: Neue Regeln für befristete Kontrollen an den Binnengrenzen**

Die Abgeordneten wollen neue Fristen und Bedingungen für die Kontrolle der Binnengrenzen im Schengen-Raum festlegen.

13

## **Gemeinsame Sicherheitsmerkmale für Personalausweise**

Die neuen Regeln zur Bekämpfung des Dokumentenbetrugs stehen am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung.

14

## **Weitere Tagesordnungspunkte**

Weitere Themen auf der Tagesordnung

15

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-04-03>

## **Schwerpunkte der Plenartagung**

### **Weitere Informationen**

[Tagesordnung](#)

[Plenar-Webseite \(mit Live-Übertragung der Plenartagung\)](#)

[Videos der Plenartagungen](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

[Multimedia-Center](#)

[Podcasts des wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

## Kontakt

---

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ [armin.wisdorff@europarl.europa.eu](mailto:armin.wisdorff@europarl.europa.eu)

---

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 283 11 41 (BXL)

☎ (+33) 3 8817 3603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ [michaela.findeis@europarl.europa.eu](mailto:michaela.findeis@europarl.europa.eu)

---

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 3 022 801 080

☎ (+33) 3 8816 4025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ [judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu](mailto:judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu)

---

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 172 01

☎ (+33) 3 8817 4646 (STR)

📱 (+43) 676 550 31 26

✉ [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)

---

# Brexit: Parlament debattiert jüngste Entwicklungen im Vereinigten Königreich

**Diskussion über die Lage in Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU mit Kommissionspräsident Juncker und dem rumänischen Ratsvorsitz am Mittwoch ab 14.00 Uhr.**

Der Europäische Rat hat für den 10. April einen Sondergipfel anberaumt, um über das weitere Vorgehen in Sachen Brexit zu entscheiden.

Das Austrittsabkommen muss vom Europäischen Parlament gebilligt werden, einschließlich des Rahmens für die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU.

*Debatte: Mittwoch, den 3. April*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission (mit anschließender Debatte, ohne Entschließung)*

## Weitere Informationen

[Tagesordnung des Europäischen Rates](#)

[Hintergrundinformationen des Rates](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Plenardebatte mit schwedischem Premierminister Stefan Löfven über die Zukunft Europas

**Der schwedische Premierminister Stefan Löfven wird am Mittwoch ab 15:15 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.**

Dies ist die neunzehnte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas. Informationen über die bisherigen Debatten [finden Sie hier](#).

Stefan Löfven ist Sozialdemokrat und schwedischer Premierminister seit 2014.

*Debatte: Mittwoch, den 3. April*

## Weitere Informationen

[Webseite des schwedischen Premierministers \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben: Endgültige Abstimmung

## Mit den neuen Vorschriften werden Mindestanforderungen für Vaterschaftsurlaub und nicht übertragbaren Elternurlaub eingeführt.

Das Gesetz, das bereits informell mit den EU-Ministern vereinbart wurde, legt Mindestanforderungen für alle Mitgliedstaaten fest, wie z.B. zehn Tage bezahlten Vaterschaftsurlaub, zwei Monate nicht übertragbaren bezahlten Elternurlaub und fünf Tage Jahresurlaub für Pflegekräfte.

Dies kommt nicht nur Kindern und dem Familienleben zugute, sondern es trägt auch den gesellschaftlichen Veränderungen stärker Rechnung und begünstigt die Gleichstellung der Geschlechter. Auch die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt soll steigen.

*Debatte: Donnerstag, den 4. April*

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

### Weitere Informationen

[Pressemitteilung: „Parliament and Council agree on measures to reconcile career and private life“ \(24.01.2019, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatter David Casa \(EVP, MT\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „A new directive on work-life balance“ \(auf Englisch\)](#)

[Neue Regeln für die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Erdgas: Ausweitung der EU-Regeln auf Pipelines mit Ursprung in Drittländern

## Neue Gasmarktregeln sollen gewährleisten, dass Gaspipelines aus Drittländern unter die EU-Vorschriften fallen, und Rechtssicherheit für die Betreiber schaffen.

Die geänderten Regeln, die bereits informell mit den Mitgliedstaaten vereinbart wurden, werden einen gerechteren EU-Gasmarkt schaffen, indem sie sicherstellen, dass Pipelines, die in das EU-Gebiet führen, den EU-Vorschriften entsprechen, mit dem gleichen Maß an Transparenz wie Pipelines innerhalb der EU betrieben werden und für andere Betreiber zugänglich sind. Dadurch wird Rechtsklarheit sowohl für bestehende als auch für neue Gasinfrastrukturen geschaffen, die aus Drittländern in die in die EU führen.

Die Gasfernleitungsinfrastruktur und die Gasversorgung (Betrieb und Lieferung) müssen nach den geltenden EU-Wettbewerbsregeln im Besitz verschiedener Unternehmen sein. Von nun an gelten diese Vorschriften auch für Pipelines mit Ursprung außerhalb der Europäischen Union, einschließlich Nord Stream 2.

Nur die Kommission wäre berechtigt, nach einem klaren Verfahren Ausnahmen für neue Gasfernleitungen aus Drittländern zu gewähren.

### Hintergrundinformationen

Über 70% des in der EU verkauften Erdgases werden aus Nicht-EU-Ländern importiert, hauptsächlich über Pipelines.

*Debatte: Mittwoch, den 3. April*

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

## Weitere Informationen

[Pressemitteilung nach der Einigung mit dem Rat](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Common rules for gas pipelines entering the EU internal market“](#)

[Häufig gestellte Fragen und Antworten \(EU-Kommission, auf Englisch\)](#)

[Berichtersteller Jerzy Buzek \(EVP, PL\)](#)



# Parlament legt Standpunkt zur Reform des Straßenverkehrssektors fest

## Neue Vorschriften zur Bekämpfung illegaler Praktiken im Güterkraftverkehr und zur Flexibilisierung der Ruhezeiten der Fahrer: Abstimmung zum Mobilitätspaket am Donnerstag.

Damit das Plenum über die Vorschläge abstimmen kann, wurde der Verkehrsausschuss gebeten, in einer Abstimmung am 2. April etwa 1200 Änderungsanträge zu filtern, die für die geplante Plenarabstimmung während der vergangenen Plenarsitzung im März eingereicht wurden ([Artikel 175 GO](#)).

Die Reformvorschläge zielen darauf ab, die Durchsetzung der Vorschriften im Straßenverkehrssektor zu verbessern, um die Nutzung von Briefkastenfirmen oder wettbewerbsverzerrende Unternehmenspraktiken wirkungsvoller zu bekämpfen.

Sie würden auch festlegen, für welche Beförderungen die Vorschriften zur Entsendung von Arbeitnehmern, wie beispielsweise die Regeln zum Mindestlohn, gelten sollen, und die Ruhezeiten der Fahrer flexibler gestalten.

*Debatte: Mittwoch, den 27. März*

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

### Weitere Informationen

[Alle wichtigen Links zum Mobilitätspaket](#)  
[Plenardebatte zum Mobilitätspaket \(27.03.2019\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Debatte über die Beziehungen zwischen EU und China vor jährlichem Gipfeltreffen

**Weniger als eine Woche vor dem jährlichen EU-China-Gipfel wird das Plenum am Mittwoch die Handelsbeziehungen zwischen der EU und China mit dem Rat und der Kommission erörtern.**

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten in der Debatte Themen wie Sicherheit, Investitionen und Gegenseitigkeit im öffentlichen Auftragswesen ansprechen. Am Tag vor der Aussprache wird die EU-Kommission im Handelsausschuss des Parlaments ihre [jüngste Bewertung der strategischen Perspektiven hinsichtlich der Beziehungen der EU zu China](#) vorstellen.

Das [21. jährliche EU-China-Gipfeltreffen](#) befasst sich mit den bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen, einschließlich einer fairen und nichtdiskriminierenden Behandlung der Unternehmen des jeweils anderen Landes. Die Parteien werden auch Fragen der Cybersicherheit erörtern, wie beispielsweise die Sicherheit von 5G-Netzen.

*Debatte: Mittwoch, den 3. April*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte (ohne Entschließung)*

## Weitere Informationen

[Mitteilung der EU-Kommission: "EU-China – Strategische Perspektiven" \(12.03.2019, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung der EU-Kommission \(12.03.2019\)](#)

[Webseite des Rates: Tagesordnung EU-China-Gipfel, 09.04.2019](#)

[Pressemitteilung: „Chinesische Investitionen in der EU - Mitgliedstaaten müssen gemeinsam handeln“ \(12.09.2018\)](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. September 2018 zu dem Stand der Beziehungen zwischen der EU und China](#)

# Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit: Mitgliedstaaten droht Verlust von EU-Geldern

**EU-Regierungen, die die Justiz behindern oder Betrug und Korruption nicht bekämpfen, laufen Gefahr, EU-Gelder zu verlieren, laut neuer Vorschriften, die am Donnerstag zur Abstimmung stehen.**

Wenn die EU-Kommission feststellt, dass „allgemeine Defizite in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit“ in einem EU-Land die Fähigkeit des Staates zur Verwaltung von EU-Mitteln gefährden, wird die Kommission Maßnahmen vorschlagen können, darunter das Aussetzen von Zusagen bzw. Zahlungen oder die Verringerung von Vorfinanzierungen. Ein solcher Beschluss würde erst nach der Annahme durch das Parlament und den Rat umgesetzt.

Die Mitglieder der Ausschüsse für den Haushalt und die Haushaltskontrolle unterstützten den Vorschlag der Kommission weitgehend und fügten zusätzliche Garantien hinzu, um sicherzustellen, dass die Regierungen weiterhin Zahlungen an Endbegünstigte wie Forscher oder Organisationen der Zivilgesellschaft leisten müssen, selbst wenn die EU-Finanzierung ausgesetzt wird.

Mit der Abstimmung wird die erste Lesung des Parlaments abgeschlossen. In der nächsten Wahlperiode muss sich das Parlament mit den EU-Ministern, die sich noch nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt geeinigt haben, über den endgültigen Wortlaut der Regeln verhandeln.

*Debatte: Mittwoch, den 16. Januar*

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

## Weitere Informationen

[Video der Debatte](#)

[Berichtsentwurf über den Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip in den Mitgliedstaaten](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatlerin: Eider Gardiazabal Rubial \(S&D, ES\)](#)

[Berichterstatter Petri Sarvamaa \(EVP, FI\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Protecting the EU budget against generalised rule of law deficiencies“](#)

# Schengen: Neue Regeln für befristete Kontrollen an den Binnengrenzen

## Die Abgeordneten wollen neue Fristen und Bedingungen für die Kontrolle der Binnengrenzen im Schengen-Raum festlegen.

Der Schengener Grenzkodex, der derzeit überarbeitet wird, ermöglicht es den Mitgliedstaaten, im Falle einer schwerwiegenden Gefahr für die öffentliche Ordnung oder die innere Sicherheit vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen des [Schengen-Raums](#) durchzuführen.

Das Parlament wird am Donnerstag abstimmen, um seinen Standpunkt zu bekräftigen, dass der anfängliche Zeitraum für vorübergehende Grenzkontrollen auf zwei Monate (anstelle der derzeitigen sechs) begrenzt werden sollte. Die Höchstdauer für eine Verlängerung sollte von zwei Jahren auf ein Jahr gekürzt werden. Die Verhandlungsführer von Parlament und Rat haben Anfang des Jahres mit den Gesprächen über die Überarbeitung der Regeln begonnen, beschlossen jedoch, die Verhandlungen auszusetzen, nachdem sich herausgestellt hatte, dass ein Kompromiss nicht möglich war.

### Hintergrundinformationen

Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen kontrollieren derzeit an den Binnengrenzen – aufgrund der außergewöhnlichen Umstände infolge der Migrationskrise, die 2015 begann. Darüber hinaus führt Frankreich wegen einer anhaltenden terroristischen Bedrohung ebenfalls Kontrollen an den Binnengrenzen durch.

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

### Weitere Informationen

[Berichtsentwurf in Bezug auf die Vorschriften über die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen](#)

[Pressemitteilung nach der Abstimmung über das Verhandlungsmandat \(29.11.2018\)](#)

[Berichterstatterin Tanja Fajon \(S&D, SI\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Webseite der EU-Kommission zu den Grenzkontrollen \(auf Englisch\)](#)

[Interview mit Tanja Fajon: "Verlieren wir Schengen, verlieren wir das europäische Projekt"](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Gemeinsame Sicherheitsmerkmale für Personalausweise

## Die neuen Regeln zur Bekämpfung des Dokumentenbetrugs stehen am Mittwoch zur Debatte und am Donnerstag zur Abstimmung.

In der EU gibt es mindestens 86 verschiedene Versionen von Personalausweisen und 181 Arten von Aufenthaltsdokumenten. Die neuen Vorschriften zielen darauf ab, die Verwendung von gefälschten Dokumenten, die auch von Kriminellen zur Einreise in die EU verwendet werden können, und damit den Identitätsbetrug, zu verhindern.

Die aktualisierten Vorschriften, die bereits im Februar von den Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates vereinbart wurden, würden gemeinsame Mindestsicherheitsmerkmale für Personalausweise in der EU festlegen und die Speicherung eines Gesichtsbilds und zweier Fingerabdrücke auf einem Chip auf der Karte verbindlich vorschreiben.

Ausweise, die diese Anforderungen nicht erfüllen, würden nach Ablauf ihrer Gültigkeitsdauer (sie würden dann entsprechend der neuen Vorschriften erneuert) oder spätestens 10 Jahre nach Anwendung der neuen Regeln ihre Gültigkeit verlieren. Ausweise, die keinen maschinenlesbaren Bereich haben, wie z.B. griechische Ausweise, würden innerhalb von fünf Jahren verfallen.

*Abstimmung: Donnerstag, den 4. April*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

### Weitere Informationen

[Vereinbarter Text \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(3.12.2018\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichtersteller Gérard Deprez \(ALDE, BE\)](#)

[EPRS Briefing: Security of ID cards and of residence documents issued to EU citizens and their families](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Abfallbewirtschaftung – *Entschließungsantrag, Abstimmung Donnerstag*
- Mehrjähriger Wiederauffüllungsplan für Schwertfisch im Mittelmeer - *Bericht: Marco Affronte, Abstimmung Donnerstag*
- Mehrjahresplan für die Fischereien, die Grundfischbestände im westlichen Mittelmeer befischen - *Bericht: Clara Eugenia Aguilera García, Abstimmung Donnerstag*
- Europäischer Meeres- und Fischereifonds - *Bericht: Gabriel Mato, Abstimmung Donnerstag*
- Europaweites privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) - *Bericht: Sophia in 't Veld, Debatte und Abstimmung Donnerstag,*
- Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+) - *Bericht: Verónica Lope Fontagné, Abstimmung Donnerstag*